

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr Lütkeemeier,
meine Herren des Verwaltungsvorstandes, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

gestatten Sie mir, meine Rede mit einer kleinen literarischen Ouverture zu beginnen. Bei den Vorüberlegungen kam mir Franz Kafka in den Sinn, der in dem nachfolgenden Text mit dem Titel „Kleine Fabel“ eine Erfahrung, ein Lebensgefühl zum Ausdruck bringt, was m.E. unserer Haushaltssituation zumindest in Umrissen ähnlich ist. Ich zitiere den kurzen Text:

„Ach“, sagte die Maus, „die Welt wird enger mit jedem Tag. Zuerst war sie so breit, dass ich Angst hatte, ich lief weiter und war glücklich, dass ich endlich rechts und links in der Ferne Mauern sah, aber diese langen Mauern eilen so schnell aufeinander zu, dass ich schon im letzten Zimmer bin, und dort im Winkel steht die Falle, in die ich laufe.“ – „Du musst nur die Laufrichtung ändern“, sagte die Katze und fraß sie.

Ohne Sie, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, unfreiwillig in ein literaturwissenschaftliches Kolloquium entführen zu müssen, wird sich für Sie auf Anhieb erschlossen haben, warum mich dieser kleine Text an unsere Haushaltssituation erinnert hat, wo die möglichen Parallelen gesehen werden können. Ist es nicht so, dass die Mauern, ich könnte auch sagen, dass die Begrenzungen unserer finanziellen Spielräume seit Jahren schon immer näher auf uns zulaufen? Sehen wir nicht seit Jahren auch die scheinbare Ausweglosigkeit? „Die Maus der kleinen Fabel bei Kafka verhält sich ja auch töricht, werden jetzt viele von Ihnen sagen. Wer immer weiter macht „wie immer“, darf sich nicht wundern, in einer ausweglosen Situation zu landen, wo es dann nicht mehr weiter geht.“

Seit Jahren überbieten sich Politiker und Politikerinnen aller Parteien darin, ihren Sparwillen und ihre entsprechenden Anstrengungen den Wählerinnen und Wählern als Wahlempfehlung für die nächste Wahl schmackhaft zu machen. Überboten wird dieses Ritual nur noch durch die Heftigkeit der jeweiligen politischen Gegner den Gegnern den Willen, häufiger noch die Fähigkeit zum Sparen, die Fähigkeit zur Konsolidierung abzusprechen.

Betrachtet man das Ganze mit den Augen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger oder aber mit den Augen von Bürgerlobbyisten wie etwa dem Bund der Steuerzahler, dann wird schnell klar: Von Konsolidierung im eigentlichen Wortsinn, vom Sparen in dem Sinne, dass etwas auf die hohe Kante gelegt wird, dass nicht alles ausgegeben wird, was man hat, um auch für schwierige Zeiten über einen Notgroschen zu verfügen, um auch in schwachen Zeiten über Mittel für dringend benötigte Investitionen in die Zukunft zu verfügen, darüber reden wir, wenn wir ehrlich sind, schon lange nicht mehr. Wir rühmen uns der Sparsamkeit, wenn es uns gelingt, die Nettoneuverschuldung zu reduzieren –im Klartext: für einen begrenzten Zeitraum weniger neue Schulden, aber **immerhin weitere Schulden** unseren Kindern und Kindeskindern aufzubürden. Wen wundert es da, dass immer weniger Menschen uns für glaubwürdig halten, immer weniger Menschen uns – in welcher Parteienkonstellation auch immer- ihre Stimme als Auftrag zur verantwortlichen Wahrnehmung ihrer Interessen geben? Wen wundert es, dass die verbreitete Mentalität der Vorteilsnahme im Amt oder auch im Mandat (!), die Mentalität der Lobbyisten und Schnäppchenjäger zwar weit verbreitet ist, aber keineswegs als besonders „sexy“ –will heißen als glaubwürdig, vorbildhaft, erstrebenswert- erachtet wird. Wir leben seit langem über unsere Verhältnisse, sind alle in mehr oder weniger



großem Umfang kleine Griechen, nur dass wir das schmerzliche Erwachen, das den echten Griechen zur Zeit widerfährt, bisher noch ausgeblendet haben. Das heißt aber nicht, dass wir aus den Fehlern und dem Scheitern anderer nicht unsere Lehren ziehen dürfen oder gar müssten. Wir müssen –auch wenn es dafür schon 5 vor 12 ist, vielleicht auch schon später– schnellstens damit beginnen, die Zeichen der Zeit ernst zu nehmen und wirklich umsteuern.

Unsere Zustimmung zum Haushaltsplan 2012 und zum Finanzplan für den Finanzplanungsraum der Folgejahre basiert auf zweifacher Grundlage:

1. Der vom Kämmerer eingebrachte Haushaltsplanentwurf zeichnet sich aus durch eine realistische Beschreibung der durchaus schwierigen Finanzlage der Stadt Rheine. Daraus resultiert:
Die Verteilungskämpfe halten sich in Grenzen, ein leerer Kühlschrank macht wenig Lust auf Streit unter den Hungrigen. Wenn es dennoch einige erhebliche Veränderungen im Zahlenwerk seit Einbringung des Haushaltes im Dezember 2011 gegeben hat, so liegt das vornehmlich daran, dass sich die Rahmenbedingungen im Laufe des Prozesses verändert haben – eine Atempause im Kampf gegen das HSK oder gar gegen den Nothaushalt, mehr nicht!
2. Das Ziel, den Schwellenwert für den Eintritt in die Haushaltssicherung nicht zu reißen, scheint in diesem und auch in den Folgejahren erreicht bzw. erreichbar zu sein. Wir wissen alle, dass die wirtschaftliche Gesamtentwicklung des Landes und die finanzielle Solidität und Flexibilität städtischer Töchter dazu mehr beigetragen haben als die Ausgabenreduzierungen, die Politik und Verwaltung auf den Weg gebracht haben. Und wir sind uns auch dessen bewusst, dass es sich hier nur um ein Minimalziel, ein Etappenziel handelt. Unter den aktuellen Rahmenbedingungen ist das jedoch ein Grund, diesem Haushalt die Zustimmung zu geben, ihn mitzutragen und damit auch die (Mit)verantwortung zu übernehmen.

Die eigentliche Kraftanstrengung einer wirklichen Konsolidierung im eingangs beschriebenen Sinn von Sparen ist damit keineswegs vollbracht.

Sie ist ein langwieriger Prozess, ein Prozess, der nach neuen Wegen verlangt, ein Prozess, den wir umso erfolversprechender angehen können, je breiter der Konsens und die Beteiligung großer Teile der Bürgerschaft erreicht werden können.

Bürgergesellschaft und Partizipation dürfen nicht Floskeln und sperrige Begriffe bleiben, wir müssen vielmehr den Weg dafür frei machen, dass diese Ziele und Ideale in unserem Gemeinwesen umgesetzt werden. Sie sind nur unter Aufbietung gemeinsamer Kraftanstrengung zu erreichen, Gruppen- und Parteiinteressen gehören hier nicht auf die vorderen Plätze der Agenda.

Wenn wir uns an die Informationsveranstaltung zum Haushalt 2012 im Januar in der Aula des Winckler-Zentrums erinnern, so sollten wir uns nichts schönreden. Weniger als 50 Besucher, davon weit mehr als die Hälfte Vertreter des Rates und der Verwaltung, machen mehr als deutlich, dass dieses Veranstaltungsformat keine glaubwürdige Einladung zum Dialog auf Augenhöhe ist. Allein die äußere Anordnung der Beteiligten – BM', Kämmerer und Fraktionsvertreter auf erhöhter Bühne- die Geladenen „unten“ bedarf keiner weiteren Interpretation. Die resignierende Interpretation, Menschen seien nicht an dem interessiert, was sie unmittelbar vor Ort betreffe, greift viel zu kurz. Ich habe diese Lektion jetzt verstanden, einen Vertreter der AFR werden Sie auf einem solchen Podium im nächsten Jahr nicht mehr



sehen. Wir sind aber dabei, wenn es darum geht, neue Wege zur Stärkung von Partizipation und Bürgerbeteiligung zu entwickeln, vertrauen auch hier auf die Einsicht in die Notwendigkeit und die Unterstützung durch die Verwaltung und die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen.

Auch wenn der Begriff **Bürgerhaushalt** manchen hier in der laufenden Debatte zum sprichwörtlichen roten Tuch geworden ist, sage ich unmissverständlich: Ja, wir wollen einen Bürgerhaushalt für die Stadt Rheine, glauben aber, dass ein Antrag und ein daraus resultierender Mehrheitsbeschluss allein noch nicht das damit verbundene Ziel erreichen. Wir alle sind aufgefordert, die Macht und auch die Verantwortung, die uns im Rahmen der Kommunalverfassung gegeben worden ist, mit denen zu teilen, die uns diese Aufgabe bei der Wahl übertragen haben. Die jüngsten Erfolge der Piraten speisen sich sicherlich aus vielerlei Quellen. Neben vielen Ungereimtheiten dieser bunten Truppe kristallisiert sich für mich eine Erkenntnis heraus: Verständigung über wichtige Fragen unserer gesellschaftlichen Entwicklung muss aktuell sein, muss auf Augenhöhe erfolgen, wenn man die Menschen wieder für das gewinnen will, was den Charme der Demokratie eigentlich ausmacht: Demokratie lebt von der Beteiligung der Vielen, gewinnt durch das Wissen der Vielen, darf auf die Intelligenz des Schwarms vertrauen, darf sich nicht von der Angst vor Partikularinteressen verunsichern lassen. Erst die Übernahme der Macht durch die Lobbyisten macht Demokratie unglaublich, die Beteiligung vieler Menschen ist Gewinn, **nicht** Bedrohung.

Wer –wie Herr Döring- in diesem Zusammenhang von „der Tyrannei der Massen“ spricht outet sich mit einem unzeitgemäßen und überholten Demokratieverständnis und läuft Gefahr, seine Zukunft schon hinter sich zu haben.

Wenn einst Martin Luther in großer Demut am Ende seines Lebens erkannte: „Wir sind Sünder, das ist wahr“ so sollten wir in Abwandlung dieser Aussage, aber in nicht minder großer Demut sagen: „Wir sind Suchende und Lernende, das ist wahr“. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir eine menschenfreundliche, generationengerechte, ressourcenschonende, humane, menschenwürdige, demokratische und damit der Schöpfung gerechte Zukunft nur dann erreichen, wenn es uns gelingt, frei von den engen Begrenzungen parteipolitischer Zielsetzungen, frei von ideologischer Bevormundung, auch frei von moralisierender Gängelung, wirkliche Verantwortung im Sinne des kategorischen Imperativs des großen Königsberger Philosophen Immanuel Kant zu übernehmen: „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte.“ Wenn Sie allerdings gleichzeitig erkennen, zumindest aber erahnen sollten, dass sich hinter diesem Beitrag das bescheidene, aber ernsthafte Werben für die gemeinsame Suche nach neuen Wegen und Lösungen für die drängenden, weitgehend aber noch ungelösten Zukunftsfragen unseres Gemeinwesens verbergen, dann bin ich nicht unglücklich über den Vorwurf.

In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Geduld des Zuhörens.

Mein Dank gilt abschließend Ihnen, Frau Bürgermeisterin, Ihnen Herr Lütkeemeier und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die exzellente Vorarbeit als Voraussetzung für die geführten Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen und im Rat. Bei Ihnen liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates bedanke ich mich für alle Beiträge, die zu einem insgesamt zielgerichteten und sachorientierten Beratungsprozess geführt haben.

Die Fraktion AFR stimmt der Beschlussvorlage 149/12 einschließlich der zuvor eingefügten und beschlossenen Veränderungen zu.